

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 RM. (Halbmonatlich 1,25 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2,30 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft
Echtheit: Dresden-U. Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 3. Juli 1928

Nummer 153

Regierungserklärung ohne Bedeutung

Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Heute nachmittag wird Hermann Müller im Reichstag die Regierungserklärung verlesen. Alles deutet darauf hin, daß die Erklärung auf die wichtigsten Verpflichtungen, die die Sozialdemokraten übernehmen, nicht eingehen wird. Der heutige Vorwärt beschränkt sich, daß die sozialdemokratischen Arbeiterwähler von der Regierungserklärung enttäuscht sein werden. Er beruhigt sie, indem er einiges über die Erklärung verlesen läßt und schreibt:

„Jedenfalls aber werden wir gut daran tun, dem Wortlaut der Regierungserklärung, die ganz natürlich schon wegen der Kürze der für die Formulierung zur Verfügung stehenden Zeit eine Anzahl von Zweifeln offenlassen muß, keine übertriebene Bedeutung beizulegen.“

Auch spricht er in diesem Bericht schon nicht mehr von dem ersten Schlag der Sozialdemokratie in der Behandlung der Frage der Lohnsteuerentlastung.

Die Regierungserklärung wird also in dem, was sie sagt, nicht von Bedeutung sein, wohl aber in dem, was sie verschweigt. Zum Panzerkreuzerbau wird die Erklärung nichts sagen, da dieser erst im Herbst erfolgen soll. Auch über den Verfassungstag soll nicht geredet werden, da der Reichsrat ein Initiativgesetz gemacht habe, das an den Reichstag gehe. Das heißt also, in diesem Jahre wird der 11. August wohl kein Feiertag werden. Dagegen wird man Amnestie- und Lohnsteuerentlastungsversprechungen machen.

In der Steuerentlastungsfrage hat von den Regierungsparteien die Volkspartei die Initiative ergriffen. Sie stellt einen Antrag, nach dem sie fordert:

1. Bei Lohnsteuerpflichtigen und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 3000 RM nicht übersteigenden Einkommen soll eine durchschnittlich 20prozentige Senkung des Steuerbetrages eintreten;
 2. Bei Steuerpflichtigen mit einem zwischen 3000 und 40 000 RM liegenden Einkommen soll eine Senkung von 15 bis 20 Prozent eintreten;
 3. Bei den höheren Einkommen soll die Grenze der Belastung 33,33 Prozent nicht übersteigen;
 4. Der Eingangsteuerfuß von 10 Prozent ist beizubehalten.
- Aus diesem Antrag ist schon ersichtlich, daß für die Arbeiter nicht viel herauskommt. Dagegen will die Volkspartei aber Sicherungen für die großen Einkommen schaffen.

Die Arbeiter werden aus der Tätigkeit der Regierung baldigst die „Erfolge“ der Koalitionspolitik verspüren.

Eine Reichsbannerpfeife

Mannheim, 2. Juli 1928 (Eig. Drahtm.)

Am Sonnabend und Sonntag fand in Ludwigshafen der vierte pfälzische Republikanertag des Reichsbanners statt. Der Reichsbannergeneral Hörsting war in höchst geeigneter Person erschienen.

Ein bedeutender Arbeitszeittampf

51-Stunden-Schiedspruch in der sächsischen Textilindustrie — Die Reformisten vertrauen auf Wiffell

Die westsächsischen Textilarbeiter stehen seit einigen Wochen in einer Tarifbewegung. Sie fordern in erster Linie endlich eine Verkürzung der unerträglich langen Arbeitszeit. Bisher war die Arbeitszeit formell 48 Stunden, der Unternehmer konnte aber drei weitere Stunden pro Woche anordnen, so daß die Arbeitszeit faktisch 51 Stunden beträgt. Dazu kommen noch die häufig angeordneten eigentlichen Überstunden. Deshalb verlangten die Textilarbeiter, daß mindestens mit dem Anfang der drei zulässigen Arbeitsstunden Schluß gemacht und darüber hinaus die 48-Stundenwoche tariflich festgelegt werden soll. Außerdem wollten die Arbeiter eine Lohnforderung zu 10 % pro Stunde und zwar als Lohnausgleich für die verlängerten Arbeitsstunden. Die reformistische Bureaupolitik des Textilarbeiterverbandes lehnte es aber ab, die Forderung des Lohnausgleichs zu stellen, womit sie bewies, daß sie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht ehrlich vertreten wollten.

Am 27. Juni hat nun der sächsische Landesrichter Ha a d einen Schiedspruch gefällt, der den bisherigen Zustand in keiner Weise verbessert. Wieder soll die „regelmäßige Arbeitszeit“ 48 Stunden betragen, aber der Unternehmer kann drei weitere Arbeitsstunden anordnen. Überstunden über die 51 Stunden hinaus sind an die Zustimmung des Betriebsrates geknüpft, doch entscheidet bei einem Einspruch des Betriebsrates das Tarifschiedsgericht, das ja „infolge der wirtschaftlichen Notwendigkeit in der Textilindustrie den Unternehmern bisher stets die 57- bis 60-stündige Arbeitszeit bewilligt hat und es auch in Zukunft tun wird.“ In der Frage der Kurzarbeit wurden alle Unternehmerwünsche erfüllt. Die Verteilung der Arbeitsstunden auf die einzelnen Wochentage regelt der Unternehmer im „Einvernehmen“ mit dem Betriebsrat, währenddem diese Einteilung bisher an die Zustimmung des Betriebsrates gebunden war. Eine Lohn-erhöhung wurde nicht bewilligt. Dieser Schiedspruch, der erstmalig zum 31. Dezember 1929 fällig ist, soll für 1 1/2 Jahre gelten.

Die westsächsischen Textilarbeiter haben diesen Schiedspruch mit größter Empörung zur Kenntnis genommen. Eine Gewerkschaftskonferenz der westsächsischen Textilindustrie lehnte diesen Schiedspruch einstimmig ab, ohne jedoch Kampfbeschlüsse zu fassen.

nen. Dieser Republikanertag war eine eusempfundene Pfeife. Im Sonnabend sprach Hörsting in Mannheim auf dem Marktplatz vor insgesamt 250 uniformierten Reichsbannerleuten und ca. 160 Neugierigen. In der am Sonntag in Ludwigshafen stattgefundenen Rundgebung, an der das Reichsbanner der gesamten Pfalz, sowie von Mannheim und Heidelberg teilnehmen wollte, zählte man 450 Mann. Die roten Frontkämpfer verteilten während des Umzuges an die Arbeiter des Reichsbanners Flugblätter, in denen die Rolle Hörstings im Kampf gegen die Arbeiterklasse gekennzeichnet war und die Reichsbannerkometen aufgefordert wurden, sich der roten Front anzuschließen. Die Rede Hörstings war eine wüste Kommunistenbeise, er sprach von kommunistischem Gestübel usw. Die sozialdemokratische Presse muß diese ungeschöne Pfeife zugeben, in dem von schlechter organisatorischer Vorbereitung usw. geschrieben wurde.

Hermann Müller absolut — wenn er unsern Willen tut

Die Radikalpresse vor der Regierungserklärung

Aus den Pressestimmen geht hervor, daß die Regierungserklärung des Hermann-Müller-Kabinetts heute vor dem Reichstag auf die wichtigsten Verpflichtungen, die die Sozialdemokraten übernehmen mußten, nicht eingehen wird.

Auf das „Eindringen in Details“ wird verzichtet. Die Sozialdemokratie darf verschweigen, daß sie die Rüstungsbauten, den Panzerkreuzerbau fortführen muß, der Erweiterung der Position der Bourgeoisie im Staatsapparat (Eintritt der Volkspartei in die Preußenskoalition) zugestimmt hat, eine Diszussion über Verfassungs- und Wahlrechtsreform im Gange ist. Welche Bedeutung die Trustbourgeoisie nach den Lehren der französischen Wahl besonders dem letzten Punkte zumißt, zeigt eine Sonntagsberichterstattung der Kölner Zeitung, dem führenden Organ der Deutschen Volkspartei:

„Es entspricht nicht dem Willen der Wähler, wenn man das nun mit Ach und Krach zustande gekommene Kabinett Hermann Müller als „Übergangskabinetts“ oder gar als „Berlinskabinetts“ betrachtet.“ „Geht die Regierung sofort an die Wahlrechts- und Parlamentsreform (!) heran und paßt sie auch sonst die dringenden Fragen entschlossen an, dann wird sie sich eine Plattform schaffen, von der sie die Koalitionspolitik verdrängen kann (!), denn hinter ihr wird die große Mehrheit des Volkes (lies: das Trustkapital) geschlo-

Die Vereinigung der Reaktion

Berlin, 2. Juli 1928.

Der am Sonntag stattgefundene „Liberale Tag“ nahm unter anderem auch eine programmatische Rundgebung an, in der es u. a. heißt:

„Wir wollen einen sozialen Liberalismus, der der Persönlichkeit ihre freie Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet.“ „Wir müssen heraus aus dem Fürsorgestaat, aus der bequemen Risikolose, die jedes Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen erstirkt.“

Diese Auslassungen zeigen das wahre kapitalistische Gesicht dieser kommenden „Liberale Vereinigung“. Sie bedeutet nichts anderes, als daß sich diese „neue“ Partei mit all ihren Kräften schließend vor das Unternehmertum stellen, und die kapitalistischen Interessen in jeder Beziehung fördern wird. Andererseits wird man mit allen Kräften den Abbau der sozialen Bestimmungen, vor allen Dingen der Erwerbslosenfürsorge usw. betreiben. Es ist symptomatisch, daß diese programmatische Rundgebung kurz vor der Regierungserklärung zur Annahme gelangte. Wenn man auch bisher wußte, daß in der neuen Reichsregierung die Vertreterin des Deutschen Trustkapitals, die Deutsche Volkspartei, tonangebend ist, so unterstreicht der Inhalt dieser programmatischen Rundgebung die Tatsache nochmals aufs schärfste.

len stehen. Sie verlangt Ruhe und Arbeit, sie will heraus aus dem Fraktionsjammer...“

Noch niemals wurde in den letzten Tagen so scharf und klar die Forderung der Einschränkung der demokratischen Rechte als Hauptbedingung der Fortsetzung der sozialdemokratischen Ministerherrschaft ausgesprochen. Was die Sozialdemokratie in den Arbeiterorganisationen jetzt mit aller Gewalt versucht, die revolutionäre Opposition durch die Spaltungspropaganda der Gewerkschaft, der Sport-, der Freidenkerbewegung mundtot zu machen, das soll mit ihrer Hilfe auch parlamentarisch vorbereitet werden.

Die Regierungserklärung wird außerdem in die wichtigen „Details“ der neuen Schulgesetzgebung nicht eingehen können, weil hier noch ernsthafte Differenzen zwischen den bürgerlichen Fraktionen vorliegen. Das Zentrum benutzt seine Opposition, um hier seine Forderungen dringend anzumelden. Aber auch hier wird die Sozialdemokratie, wenn das Kompromiß der Bourgeoisiefaktionen da ist, einfach Ordre parieren müssen. Aus den Ausführungen der Kölnischen Zeitung geht hervor, daß der Bürgerführer, Herr Severing, nicht voreilig sein längeres Verbleiben im Amte ankündigt. „Hermann Müller absolut, wenn er unsern Willen tut“, das ist die Lösung der Trustbourgeoisie, und die Sozialdemokratie hat sie verstanden.

Und die Gegenleistungen? Oder besser gesagt: wie gedenkt die Bourgeoisie den Herrn Müller-Severing und Konforten vor den Massen das Regieren zu ermöglichen?

Vorkünftig — für die Zeit der Ferienprobe — wird dem Kabinett erstens gestattet, dem Druck der Linken und kommunistischen Arbeiter nachzugeben und endlich eine ziemlich weitgehende Amnestie zu bewilligen. Man wird dabei erfahren, wie ernst die sozialdemokratische Lösung zur Zeit des Amnestievertrates: „keine Gnade den Zementmördern!“, war. Schon jetzt steht so gut wie fest, daß die Linksamnestie der Sozialdemokratie nur bewilligt wird, wenn als Etappe zur baldigen vollständigen Freilassung der Zementmörder zunächst deren Strafzeit auf 7 Jahre herabgesetzt wird.

Zweitens wird Herr Hilferding — natürlich auch nur gegen Kompensationen — in gewissem Umfange sich als Steuererleichterer präsentieren dürfen. Als Höchsthoch dieser Konzession dürfte etwa eine Senkung der Lohnsteuern durch Erhöhung des Existenzminimums erfolgen, die etwa 10 Prozent der gesamten Lohnsteuersumme — wahrscheinlich weniger — und nur etwa ein Sechstel der Gesamtzoll- und Steuerlasten der Arbeiter anomacht, in Frage kommen. Auch das ist noch nicht sicher. Dafür aber wird Herr Hilferding sich in „Staatsrationalisierung“ betätigen, unter der Lösung der Streichung überflüssiger Ausgaben „Sparen“, d. h. Beamte abbauen. Dafür werden er und seine Kollegen den bereits beschlossenen Preiserhöhungen nicht entgegenzutreten usw.

Drittens endlich wird vielleicht die Abschaffung der Todesstrafe angekündigt und die Vollstreckung von Todesurteilen vorläufig ausgesetzt werden. Um so herzhafter wird die sozialdemokratische Schwere gegen Arbeiter- und Bauerndemonstrationen auf offener Straße Todesurteile vollziehen. Welchen Zweck die angekündigte Abschaffung des offiziellen Todesurteils hat, zeigt der Sonntagsleitartikel des Vorwärts, der mit dieser Reform eine ebenso freche Propaganda für die bürgerliche Demokratie und die bürgerliche Klassenjustiz, wie gegen die proletarische Demokratie

61-Stunden-Schiedspruch gegen die Textilarbeiter in der Pfalz

Ludwigshafen, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß fanden dieser Tage Manteltarifverhandlungen für die pfälzische Textilindustrie statt. Da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt wurde, fällt die Schlichtungsausschuß einen mittelbaren Schiedspruch, wonach der bisherige Manteltarif bis 31. März 1929 wieder in Kraft gesetzt wird. Eine Konferenz der Funktionäre der pfälzischen Textilarbeiterschaft beschloß einstimmig die Ablehnung dieses Schiedspruches, sowie die Einstellung sämtlicher Überstunden und Schichtarbeit ab 1. Juli.

und die proletarische Klassenjustiz in der Sowjetunion ver- bindet.

Ob der Sozialdemokratie noch dazu der Nationalfeier- tag bewilligt wird, hängt ab von ihrer Gefügigkeit in den anderen Fragen.

Gegen das Hermann-Müller-Kabinett, gegen seine Auf- traggeber schonungslos Kampf der um die brennendsten Tagesforderungen sich sammelnden Arbeiter und werkstäl- ligen Massen bis zum Sturz dieses sozialdemokratischen Ka- binetts des Trutzkapitals.

Die Deutschnationalen gegen Lambach

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier die Reichstagsfraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Die wichtigsten Fragen waren die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden und der Fall Lambach. In der Angelegenheit Lambach wurde eine Entschließung angenom- men, in der das Verhalten des Fraktionskollegen nicht gebilligt wird. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde wiederum Graf Westarp gewählt.

Heinrich Kaufmann †

Der Vorsitzende der Genossenschaftler gestorben

Hamburg, 2. Juli 1928.

Heute ist hier das Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann, gestorben. Er war bereits seit längerer Zeit krank und nahm deshalb zum er- sten Male an dem diesjährigen fünfundzwanzigsten Genossen- schaftstag nicht teil.

Kaufmann war ein Sozialdemokrat, der sich schon in seinen jüngeren Jahren der Genossenschaftsbewegung widmete. Er war schon an den Auseinandersetzungen im allgemeinen Verband be- teiligt, die im Jahre 1902 in Kreuznach mit dem Ausschluss der 98 Roten Konsumvereine endete. Seit der Gründung des Zen- tralverbandes im Jahre 1903, war Kaufmann Sekretär und spä- ter Vorstand des Verbandes. Er war nicht nur in Deutschland, sondern auch durch seine Tätigkeit im internationalen Genossen- schaftslieben bekannt, wo er sich insbesondere bemühte, die Ein- heitsfront gegen die Sowjetgenossenschaft zu schaffen.

Kaufmann ist schon immer ein ausgesprochener Reformist ge- wesen. 1902 kämpfte er bereits gegen Kautsk und Plechanow, die damals Forderungen für eine proletarische Genossenschaftspolitik stellten. Er war von einem unerschütterlichen Haß gegen eine pro- letarische Orientierung der Genossenschaftsbewegung befeuert.

Berücksichtigung der Streiklage in Griechenland

Athen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen mit der Regierung über die Beteiligung des Streiks der Tabakarbeiter sind gescheitert. Der Streikaus- schuß der Arbeiter hat nunmehr beschlossen, den Generalstreik für ganz Griechenland zu proklamieren.

Kantings Kampf gegen die Kommunisten

TU Peking, 2. Juli.

Aus Kanting wird gemeldet, daß die Kantingarmee etwa 1000 Kommunisten erzwungen habe. Zahlreiche Maschinenge- wehre, Infanteriegewehre und Artillerie wurde ihnen abgenom- men. Unter den Verhafteten befanden sich auch Ausländer, die zum Teil führende Stellen einnehmen. Am Norden der Pro- vint Honan wurden 21 Kommunisten erschossen.

Die KGB für Unterstützung der chinesischen Revolution

Moskau, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Verwaltungsrat der Roten Gewerkschaftsinternationale hat beschlossen, einen internationalen, 14 Tage dauernden Pro- pagandastreich für die chinesische Arbeiterbewegung vorzuberei- ten. Die russischen Gewerkschaften kündigen die Ueberweisung von 100 000 Rubel aus ihren Organisationen für das chinesische Proletariat an.

Der Renegat Körner

Der aus der IAB und der SPD ausgeschlossene KÖRNER, der in den Spalten der Freitaler Volkszeitung gegen die SPD und ihre leitenden Funktionäre einen Schmutzkübel nach dem an- deren ausschüttet und der SPD verlogenes Material zum Kampfe gegen die Kommunisten liefert, ist gestern abend mit etwa acht Mann gewaltsam in das Kinderheim der IAB in Freital einge- drungen. Körner bemächtigte sich der Schlüssel, die er von den Toren abjog. Er verging sich in wüsten und gemeinen Be- schimpfungen gegen den dort anwesenden Landessekretär Schu- mann und versuchte denselben unter brutaler Anwendung von Gewalttätigkeiten aus dem Heime zu entfernen. Nachdem das Kinderheim von dem Landessekretär abends mit Hilfe der zwei- ten Schlüssel abgeschlossen und die Schlüssel von ihm durch Sicherungen verwahrt wurden, ist heute morgen festgehalten worden, daß das Heim gewaltsam geöffnet worden ist. Wie uns heute morgen der Landesauschuss mitteilte, wird die gesamte An- gelegenheit Körner auf Grund der neuerlichen Vorgänge dem Sinatsowallt übergeben.

Glänzender Sieg der Opposition im Berliner DMB

Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Bei sehr starker Beteiligung fanden die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag des DMB statt. Es wurden abgegeben: für die oppositionelle Liste B 22 112 Stimmen, die reformistische Liste A 17 899 Stimmen und ungültig wa- ren 235 Stimmen.

Bei der Wahl 1926 hatte die Opposition 13 625 Stim- men, die Reformisten 10 595 Stimmen, d. h. die Berliner Metallarbeiterschaft lehnt in ihrer großen Mehrheit die reformistische Politik ab. Sie hat sich für die Opposition entschieden. Zum anderen wird auch durch diese Wahl be- stätigt, daß die sozialdemokratische Ortsverwaltung in Ber- lin zu Unrecht an ihrer Stelle steht, daß sie die übergroße Mehrheit der organisierten Berliner Metallarbeiterschaft seit Jahren nicht mehr hinter sich hat. Die Metallarbeiter haben damit entschieden, daß sie nicht einverstanden sind mit der Schlichtungspolitik in der gegenwärtigen Mantel- arbeiterbewegung. Dieser Sieg der Opposition im Metallar- beiterverband ist der beste Beweis, daß die Masse des Ber- liner Proletariats, die Mehrheit der gewerkschaftlich or- ganisierten Metallarbeiterschaft, entschlossen ist, Schluß zu machen mit dem reformistischen Schlichtungsschwindel und den Kampf aufzunehmen gegen die Arbeitsgemeinschafts- politik, gegen die kapitalistische Klasse.

Weitere Ergebnisse der DMB-Wahl

| | Liste A | Liste B |
|------------------|---------|---------|
| Düsseldorf | 1531 | 1296 |
| Krefeld | 185 | 96 |
| München-Gladbach | 132 | 286 |
| Barmen | 822 | 425 |
| Solingen | 73 | 485 |
| Opfaden | 1189 | 1055 |

Regierungsmacher auch der Arbeiter Sozialdemokraten

Prag den 28. Juni 1928.

Vor einigen Tagen versammelte sich der Zentralausschuß der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei in Prag, um über die gegenwärtige politische Lage zu beraten. Diese Körper- schaft tritt nur selten zusammen und wird von den Diktatoren in der Parlamentsfraktion nur einberufen, wenn diese selbst nicht den Mut haben, die Verantwortung für einen neuen Verrat am Proletariat zu tragen. Auch diesmal geht es wieder um die- selbe Abficht.

Die tschechische Sozialdemokratie steht unerträglich „auf dem Boden unleres Staates“ und ist deshalb zu jeder Zusam- menarbeit mit der Bourgeoisie bereit. In den rein sozialdemo- kratischen Regierungen, in der allnationalen Koalition, immer- halb sie der Bourgeoisie, sich entweder vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiter zu schützen oder auf den Trümmern Alt- tschechiens die kapitalistische Herrschaft der tschechoslowakischen Klassen zu errichten und zu festigen. Nach jahrelangen Be- mühungen verfehle sie dadurch die Bourgeoisie in die Lage, ohne Rücksicht auf die Arbeiterklasse an die Durchführung eines rein kapitalistischen Bürgerblodprogramms zu gehen. Die Sozial- demokratie war bereit gewesen, auch hier mitzuhelfen, die Bour- geoisie mußte sie fast mit Gewalt von der Regierung fernhalten, denn sie wußte, daß die Teilnahme an der Regierung von 1925 die Sozialdemokratie berat kompromittieren würde, daß sie für die Gegenwart und für die Zukunft jeden Wert als Verbündeter verlieren müßte. So hörte damals die offene politische Arbeits- gemeinschaft auf und die Sozialdemokratie ging Anfang 1926 in „lonale“ Opposition.

Auf wirtschaftlichem Gebiete bestand die Arbeitsgemeinschaft ununterbrochen weiter. Im Interesse „unserer Wirtschaft“ übt die Sozialdemokratie praktischen Wirtschaftsfrieden. Sie be- kämpft jeden Streik, wenn nötig, durch Streikbruch, verhindert Solidaritätskundgebungen, ist bei Verhandlungen von Kollektiv- verträgen immer bereit, das Diktat der Unternehmer anzuerken- nen, die Forderungen der Arbeiter zu drücken und die Verträge möglichst auf mehrere Jahre zu schließen, um unsere Konkur- renzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern. Ihre neueste Tat- sache geht darauf aus, die Vertreter der revolutionären Gewerks- schaften bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern auszu- schließen. Sie sprechen nicht davon, juristisch, gegen den direkten Willen der Arbeiter, die Sekretäre der Roten Gewerkschaften mit Hilfe von Polizei von den Verhandlungen zu entfernen. So gelang es ihnen jetzt wieder, die Verträge der Bau-, Metall- und Glasindustrie allein zu unterfertigen. Sie schaffen sich ein Ver- handlungsmonopol.

Aber die Arbeiterklasse reagiert auf die Bürgerblodpolitik mit wachsendem Widerstand. Sie protestiert in immer stürmi- scheren Demonstrationen gegen die Pläne der Kapitalisten. Die Sympathien für die kommunistische Partei wachsen immer brei- tere Massen, die sich den gegen die Unterdrückung kämpfenden

anschießen. Die Arbeiterklasse, immer mehr unter Führung der Roten Gewerkschaften, wehrt sich hartnäckiger gegen die Sozial- demokratie, die die Arbeiterklasse von Stadt und Land auf den — vom Bürgerblod vorbereitete — Bourgeoisie gegen- überblod vorzubereiten muß. Doch wagt sie das entscheidende Auseinandergehen nicht. Deswegen verweigert die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse das Schau- spiel der Unterwerfung an die Sozialdemokratie zu bieten. Es geht jetzt der Bourgeoisie an als freche er selber nach einem Aus- spiel der Annäherung an die Bourgeoisie und Proletariat. Und will den Arbeiterklasse willigen Bourgeoisie und Proletariat. Und gleich der Gegen- partei geht auf das Spiel freudig ein.

Der Grund dafür, daß die Sozialdemokratie 1925 oppositi- onell geworden ist, war die Abficht des Bürgerblods, die Sozial- demokratie „gerölligen“, die Steuererhöhung zugunsten der Be- wehrung zu forcieren und unter dem Vorwand der Dem- pitalisten zu r- das ganze Land einer zentralisierten, hem- waltungsgerechten Bürokratie auszuliefern. Jetzt verhandeln die mungelosen Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion mit den Vertretern der Bürgerblod über die „Beteiligung dieser Hin- Vertreter des Bürgerblods an den Einnahmen. Sie verlangen „Beteiligung“ eines — nicht etwa verbessert werde, son- dern — nicht verschlechtert werden, als die Sachverständigen die- gen — nicht abgeben haben. Sachverständige sind in diesem Falle die Statistiker und Universitätsprofessoren. Sie verlangen, daß die Steuerreform nicht die Lasten den Be- sitzenden auf- sondern nur, daß die Regierung gebindert werde, nicht das fr- sondern nur, daß die Regierung gebindert werde, eingeführt, der Bezirks- und Landesverwaltungen zu ernennen.

Diese Forderungen sind übriggeblieben von dem „entsch- urben Kampfe, den die Sozialdemokratie bereit war, nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße nicht nur ein, sondern in Einheit mit den Kommunisten zu führen.“ An Stelle dieses Kampfes, der nie geführt worden ist, tritt jetzt die Parole, „Wiederbeteiligung an der Macht“ um jeden Preis. Der Zentralausschuß soll diese taktische Wendung des Bürgerblods nicht im geringsten berühren, werden Regime des Bürgerblods nicht im geringsten berühren, werden Sozialdemokraten bereit sein, den einschneidenden Schlag ge- gen die revolutionäre Arbeiterklasse zu unterkühlen und ihn als Kampfs für die Demokratie und für unsere Republik“ zu mas- teren und sogar selbst zu führen.

Aber der rote Tag, den die Arbeiter von Prag und in allen Teilen des Landes für den 5. und 6. Juli vorbereiten, wird zei- gen, daß ein neuer Beitrag der Arbeiter wie 1918 nicht mehr möglich ist, daß das Proletariat in der KP ihren wahren Füh- rer erkannt hat und sich in immer breiteren Massen zum Schutze seiner Partei rüht.

70 Todesopfer in Roches la Molliere

Noch 20 Bergarbeiter unrettbar verloren?

III, Paris, 2. Juli.

Wie zu dem Grubenunglück in Roches-la-Molliere noch weiter bekannt wird, soll die Grube, in der sich das Unglück ereignete, nach Auslagen der Ingenieure besonders gefährlich sein. Der letzte Brand war im Jahre 1925 ausgebrochen, konnte aber da- mals ohne Verlust von Menschenleben eingedämmt werden. Nach der in der Humanität wiederholten Auffassung eines der getöteten Bergarbeiter soll das Feuer seit drei Jahren nie gelöscht worden sein, so daß sich die Kohlen gas im Stollen ansammeln. Das gleiche Blatt will im Gegensatz zu den amt- lichen Feststellungen wissen, daß in der Grube noch 20 Arbeiter eingeschlossen seien, für deren Rettung keine Hoffnung mehr besteht, was die Zahl der amtl. mit 48 angegebenen Todesopfer auf gegen 70 erhöhen würde. Die Mehrzahl der Todesopfer fand durch Ersticken den Tod, ein namhafter Teil der Bergleute dadurch, daß sie sich auf der Flucht vor den Gasen in der Dunkelheit und in der Angst an den Grubenhölzern und Wänden die Stirn einrannten. Die meisten Verstorbenen waren verheiratet und hinterlassen insgesamt 57 Kinder von weniger als 13 Jahren. Einige Bergleute hinterließen eine Frau mit sieben bis neun Kindern. Am Montag vormittag wurden die 48 Todesopfer auf dem Friedhof beigesetzt. Der internationale Bergarbeiterkongress von Clairmont-Ferrand beschloß am Sonnt- ag vormittag eine Unterstützung für die Hinterbliebenen. Von den Toten sind 31 Franzosen, 11 Polen, 4 Marrokaner, 1 Ita- liener und 1 Tschechoslowake. Außerdem sind noch neun Schwer- vergestigte geborgen worden.

Die kommunistische Kammergruppe hat eine Interpellation über die Schuldfrage bei dem Grubenunglück eingebracht. In einem weiteren Antrag fordert sie sofortige Unterstützung der Hinterbliebenen.

Wieder ein Unglück in Böhlen

1 Arbeiter getötet

Die Nachrichtenstelle Sächsischer Werke teilt mit:

In der Kohlenmahlanlage des Braunkohlen- und Groß- kraftwerkes Böhlen ereignete sich heute 6.30 Uhr in einer in Be- trieb befindlichen Mühle eine Verpuffung, wodurch diese Mühle stark beschädigt wurde. Leider wurde durch herumfliegende Trümmer der Mechaniker Petermann aus Leipzig, der mit dem Ablesen der Kontrollinstrumente beschäftigt war, tödlich verletzt. Der Mühlenwärter Kaschik konnte sich dagegen reißen, erlitt jedoch beim Zurückspringen einen Beinbruch.

Vom Tage

Der „Krajin“ in der Nähe der Lundsberg-Gruppe

Keine Nachricht von Babuschkin

III, Kowno. Nach einer Meldung aus Kowno befindet sich der Eisbrecher „Krajin“ in der Nähe der Lundsberg-Gruppe. Man hofft, daß der Eisbrecher sich bis unmittelbar an die treibende Mannschiff heranarbeiten wird. Kobile hat dem Kapitä- n des „Krajin“ durch Funkpruch gebeten, ihn an Bord zu nehmen, um bei den Rettungsarbeiten behilflich zu sein. Er erhielt aber zur Antwort, daß der Eisbrecher Befehl habe, sich ohne Aufenthalt an die Unglücksstelle zu begeben.

Von dem verischollenen Flieger Babuschkin fehlt noch immer jede Nachricht. Bis zum 6. Juli reichten die Lebensmittel, die Babuschkin mit sich führt, so daß man noch nicht das Schlimmste befürchtet.

Familientragödie in Wien

III, Wien. In ihrer Wohnung wurde die Frau eines Ma- schinisten mit ihren beiden Kindern, einem 12jährigen Knaben und einem 7jährigen Mädchen, durch Kohlenoxyd vergiftet, tot aufgefunden. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um Doppel- mord und Selbstmord wegen ehelicher Zwistigkeiten handelt.

Tod beim Baden

III, Wien. Drei Mädchen, die in den Donau-Luen an einer leichten Stelle badeten, gerieten plötzlich an eine tiefe Stelle und gingen unter. Während ein Mädchen geborgen werden konnte, fanden die beiden anderen den Tod.

6 Personen an Typhus erkrankt

III, Siegburg. 6 Personen erkrankten in dem bei Siegburg gelegenen Alpert an Typhus. Die Erkrankten wurden in die Isolierabteilung des Siegburger Krankenhauses gebracht. Die Gefahr der Weiterverbreitung des Typhus besteht, da von Al- pert große Mengen Milch nach Siegburg geliefert werden.

Zwei Personen wegen heftigen Krank ermorde

III, Paris. In der Nähe von Amiens ermordete ein 17jähriger Barock zwei Schwestern im Alter von 63 bzw. 70 Jahren durch Beiliebe und Durchschneiden der Kehlen mit einem Rasiermesser, um aus der Leventasse ganze heftigen Kran- ken stellen zu können.

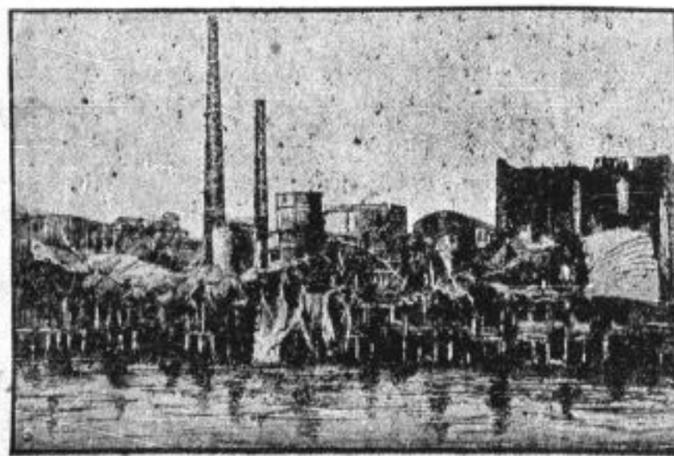
200 Kraftdroschken verbrannt

III, Paris. Im Wagengebäude der Pa- rizer Kraftdroschken-Gesellschaft in Aubervilliers brach am Montag ein Großfeuer aus. Ueber 200 Kraftdroschken wurden ein Raub der Flam- men. Der Schaden beläuft sich auf über 2 Mil- lionen Franken.

Großfeuer im Hamburger Hafen

(Nebenliegendes Bild)

In einem am Reiherrstieg gelegenen Schuppen einer Mineralisirma in Hamburg brach vermut- lich durch einen Funkenflug ein Brand aus, der den ganzen Hafenbezirk gefährdete. Infolge eines Sturmes griff der Brand auf benachbarte Döllager über, so daß die Feuerwehr aus 28 Rosten Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung und damit einen unermesslichen Schaden zu verhüten. Unsere Aufnahme zeigt die Brandstätte nach den Lösungsarbeiten.



Wann wird Wiffell den Erwerbslosen helfen?

E. St. Die Sozialdemokratie hat sich wochenlang gemeyert, das Reichsarbeitsministerium zu befehlen. Jeder hat sofort geäußert, daß sie sich von der Verantwortung brüden will.

Die Erwerbslosen verlangen mit Recht, daß jetzt, da der Sozialdemokrat Wiffell den Posten des Reichsarbeitsministers übernommen hat, endlich Verordnungen erlassen werden, die die größte Notlage der nicht vom Versicherungsgeleihe Unterstützten lindern.

Wir haben in Deutschland jetzt 600 000 nichtunterstützte Arbeitslose. In diesen kommen am 1. Juli 75 000, die unter den § 240 des ARB fallen und ausgesteuert werden.

Die Sozialdemokratie hat aus Agitationsgründen bereits im Dezember 1927, wiederholt während der Wahl und zuletzt am 19. Juni gefordert, daß die Krisenfürsorge entscheidend umgestaltet werden müsse.

Neben der Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, für die ein Gesuchentwurf notwendig ist, soll Höhe, Dauer und Umfang bedeutend ausgedehnt werden.

Der § 101 des ARB bestimmt, daß der Reichsarbeitsminister die Krisenfürsorge zu gestalten hat. Die Zustimmung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt ist nicht notwendig. Es genügt, wenn eine anbauende, ungünstige Arbeitsmarktlage zu verzeichnen ist. Niemand wird es bestreiten, daß dieses gegenwärtig der Fall ist. In fast allen Landesarbeitsamtsbezirken wurde festgestellt, daß die rückläufige Konjunktur nicht allein einen Saisoncharakter trägt.

Der neue Reichsarbeitsminister hat also die Möglichkeit, als erstes den Umfang der Krisenunterstützung über die bisherigen 6 Berufsgruppen zu erweitern und sie auf alle die Erwerbslosen auszudehnen, die die 13wöchige Anwartschaft nicht erfüllt haben oder die nach 26 Wochen von der Hauptunterstützung ausgeschlossen wurden. Daneben hat er das Recht, die Verordnung vom 24. September 1927 aufzuheben und die Höhe der Krisenunterstützung für die Lohnklassen 7 bis 11 auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung zu bringen.

Eine solche Verfügung würde dazu dienen, einen gewaltigen Anreiz von denen, die heute von den Betteilspennigen der Wohlfahrtsämter leben müssen, für die Dauer der Erwerbslosigkeit in die Krisenfürsorge aufzunehmen.

Die Kommunistische Partei hat bereits im vergangenen Jahr bei der Beratung des Gesetzes, später noch einmal und jetzt wiederum im Reichstag die erste von der SPD abgelehnte und später von ihr als richtig anerkannte Forderung auf Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung erhoben. Es hat lange gedauert, ehe die SPD eingesehen hat, daß diese von ihr beschlossene „Prüfung der Bedürftigkeit“ Hunderttausenden von Erwerbslosen die bitter notwendigen Mittel zur Bekämpfung der notwendigen Lebensbedürfnisse raubte. Das Gleiche kann man von der Forderung sagen, wonach alle Erwerbslosen, die die Anwartschaft von 26 Wochen nicht erfüllt haben und auch weniger als 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, die Krisenunterstützung zu erhalten haben. Diese Forderung sowie das Verlangen, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit Unterstützung zu werden, hatte auch ursprünglich die SPD in einer Einheitsfront mit den Deutschnationalen gebracht, und erst unter dem Druck ihrer eigenen Anhänger und dem Protest aller Erwerbslosen haben sie in der Presse die Berechtigung der von der Kommunistischen Partei vertretenen Auffassung anerkennen müssen.

Der Reichsarbeitsminister ist die verantwortliche Person für das Gebiet der Sozialpolitik. Er hätte die Pflicht, sofort und ohne Zeitverweigerung, noch ehe der Reichstag in die Ferien geht, den von der SPD eingebrachten Änderungsentwurf zum § 101 zur Annahme vorzulegen. Es ist absolut möglich, mit dem notwendigen Druck diese hier aufgesetzten Forderungen in wenigen Tagen zum Gesetz werden zu lassen.

Der Reichsarbeitsminister hat genügend Möglichkeiten, auf dem Verordnungsweg und als ausführendes Institut über

die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung solche Verfügungen zu erlassen, und die es ermöglichen, daß nicht nur der größte Teil der 600 000 Ausgesteuerten von der bittersten Not gelöst werden, sondern auch die jetzt erwerbslos gewordenen, die nicht entsprechend den Bestimmungen des ARB geschäftlichen Anspruch auf die Versicherung haben, nicht zu verhungern brauchen. Da wir aber wissen, daß Wiffell als Reichsarbeitsminister genau so wie als Schlichter nur die Interessen des Trustkapitals vertreten wird, so legen wir den Erwerbslosen, daß sie sich rühren müssen, um ihre Forderungen durch den außerparlamentarischen Druck gegen das Trustkapital und gegen Wiffell durchzusetzen.



Wiffell

Der sächsische Bürgerblock gegen die Amnestie

Der Rechtsausschuß behandelte unlängst einen Gesuchentwurf der Deutschnationalen über die Aufwertung von Markanleihen. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung aufforderte, ein Gesetz über die Aufwertung der Markanleihen einzulegen.

Als zweiter Punkt wurde der kommunistische Antrag auf Durchführung einer

Reichsamnestie

behandelt.

Genosse Siwert begründete den Antrag. Er zeigte an Hand von Material, daß die proletarischen Gefangenen härter bestraft und länger in Zuchthäuser und Gefängnisse gesperrt werden, als Verbrecher von rechts. Genosse Siwert stellte folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, den Antrag 761 in folgender Fassung anzunehmen:

1. sich beim Reich für die Annahme einer Amnestie einzusetzen;
2. die Amnestie soll für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen wurden, sowie auf Straftaten, die im Zusammenhang mit politischen oder wirtschaftlichen Kämpfen stehen, Anwendung finden;
3. die Amnestie soll sich auch auf Hoels, Margies und die Plätiner-Gruppe erstrecken;
4. anhängige Verfahren und die Strafverfolgung wegen der unter 2. genannten Taten werden niedergelassen;
5. ausgenommen von der Amnestie sind die Fememörder.

Von sämtlichen Bürgerblockparteien — von der USP bis zu den Deutschnationalen — wurde der Antrag abgelehnt. Die sächsische Klassenfront steht geschlossen zur Klassenjustiz gegen das Proletariat.

Die Aufgabe der Arbeiter ist es, jetzt erst recht die Amnestie zu erwirken.

Zum Schluß wurde ein Antrag auf Abänderung des Stempelsteuergesetzes, insbesondere für die Steuerfreiheit vor dem Arbeitsgericht, einstimmig angenommen.

Die Deutschnationalen an der Futterrippe

Wie sich die Koalitionsparteien die Taschen füllen

Die Herren vom Ahr und Halm im sächsischen Landbund sind schon lange scharf nach den sächsischen Staatsgütern. In den letzten Jahren gelang keine Verpachtung derselben, in diesem Jahre sollte eine teilweise Verpachtung als Versprechen an die Deutschnationalen für ihre Regierungsmittelung erreicht werden. Durch Beschluß des Landtages wurde ein „Volkswirtschaftlicher Ausschuß“ mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die Verwendung der Staatsgüter beauftragt. Ein Unterausschuß lehnte sich zusammen aus dem Geh. Kommerzienrat Bienen, Dresden; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Halle Leipzig; Rittergutsbesitzer Dr. Kaus, Weistrop; Rittergutsbesitzer Oekonomierat Richter, Rautsch; und zur Dekoration den Gewerkschaftsbeamten Rauter, Dresden.

Man hätte die würdigen Vertreter der Privatwirtschaft zusammengeführt.

Dieser Ausschuß stellt fest, daß es richtiger wäre, die Güter Malsb., Naundorf, Kelsdorf, Dallwitz, Oberland, Niederbergwisdorf, Oberlehm zu verpachten und Pflanz der Landesverwaltungsanstalt Dresden zu überweisen; nur Sassa, Kalkreuth, Ober-, Mittel- und Niederlehm sollten ein für allemal noch in Staatsbewirtschaftung bleiben. Wollte man weiter Staatsbewirtschaftung, so sei eine Inneziehung von rund

2 200 000 RM notwendig. Die Staatsfinanzen verträgen eine solche Kapitalaufwendung nicht. Man wolle hingegen durch die Verpachtung der Güter rund 100 000 RM Bacht und damit eine Einnahme für den Staat erzielen, während die in eigener Wirtschaft betriebenen Güter nur Zuschuß erforderten. Bei Verpachtung sei nur eine Inneziehung von rund 250 000 RM nötig, gegen 22 Millionen RM bei eigener Bewirtschaftung.

Der Wirtschaftsminister — als Vertreter des Landbundes — verzichtete auf eine eigene Stellung zur Frage der Weiterbewirtschaftung oder teilweisen Verpachtung; er überließ die Arbeit seinen Koalitionsspartnern und seinen Ministerialbeamten, die die Forderungen der Herren vom Landbund um so lautiher unterstützten. Der Wert des Volkswirtschaftlichen Ausschusses und seines Gutachtens wird beleuchtet durch die „Richtigkeit“ der Zahlen. Es wurde u. a. gefordert:

- 500 000 RM Betriebskapital,
- 550 000 RM für Vermehrung der Viehbestände,
- 200 000 RM für bauliche Veränderungen an den Ställen,

insgesamt 22 Millionen.

In Wirklichkeit sind diese Zahlen, die für Anfang 1927 Geltung hatten, längst überholt.

Nach Mitteilung des Staatsrechnungshofes sind diese Summen hinjählich geworden. Statt 500 000 RM Betriebskapital sind nur noch 80 000 RM nötig. Der Viehbestand bedarf nur noch einer Vergrößerung um rund 100 Stück Rindvieh, so daß nicht 550 000 RM, sondern nur knapp 100 000 RM erforderlich sind. Dadurch vermindert sich auch die Summe für die bauliche Veränderung der Ställe von rund 200 000 RM um die Hälfte. Das ganze Kapital, das zum weiteren Ausbau — Rekonstruktion usw. — noch gebraucht wird, beträgt nur 1,1 Millionen RM und muß auf 4 bis 5 Jahre verteilt werden. Interessant war die Feststellung, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sich von Jahr zu Jahr bessert. Die Verluste bewegen sich auf einer absteigenden Linie. Während im Wirtschaftsjahr 1926/27 bei den gesamten Gütern ein Verlust von rund 145 000 RM zu verzeichnen war, ist nach den bis vorliegenden Abschüssen bis Ende Mai 1927/28 bereits ein Ueberschuß von 79 000 RM erzielt worden, der sich bis zum Abschluß noch weiter steigert. Dieses Ergebnis wurde erreicht, wo im allgemeinen die Landwirtschaft über besondere Schwierigkeiten klagt und bei den Demonstrationen sogar mit Revolution droht. Die Umstellung dieser Güter von Remontegütern zu allgemein-landwirtschaftlichen Betrieben war nur mit Zuschuß möglich. Diese Tatsache benutzten die Herren vom Landbund, um über Unmöglichkeit der Staatswirtschaft zu reden. Nachdem in den letzten Jahren die Umstellung mit großen Mitteln auf Kosten der Steuerzahler vorgenommen wurde, möchten die Herren jetzt die Gewinne einstreifen. Die Landjunker wollen die Staatsgüter jetzt „pachten“; sie hätten sie dann später abgewirtschaftet dem Staat wieder übergeben. Die Steuerzahler könnten die ausgeraubten Güter dann wieder herstellen lassen. So etwas nennt sich dann Volkvertretung!

Dieses eine Beispiel an den Staatsgütern zeigt eine so strapaziöse Vererbung des Staatsvermögens, die nicht nur von den Deutschnationalen, sondern von allen bürgerlichen Parteien durchgeführt wird, daß man glaubt, sie sei nicht zu übertreffen.

Wenn auch die kommunistische Fraktion mit manchem, was auf den Staatsgütern vor sich geht, nicht einverstanden ist, so ist die dauernde Verringerung der Arbeitskräfte und Steigerung des Anstichpersonals, die hohen Kosten der Zentraldirektion, die steigende Ausbeutung der Kinder, wird sie trotzdem den härtesten Kampf gegen die Verpachtung der Güter führen.

Die kommunistische Fraktion verlangt Beseitigung der Kinderarbeit und ausreichende Bezahlung der Landarbeiter. Sie will den Kleinbauern aus Staatsbesitz lokal Baufland geben, daß die Kleinbauern eine ausreichende Adernahrung erhalten, ohne daß der Staatsbesitz gefährdet wird.

Es wird an der Arbeiterkraft und den Kleinbauern liegen, den Kampf der Kommunistischen Partei zu unterstützen, um im gemeinsamen Kampf die Missetaten zu bekämpfen. Nicht eine Verringerung des Staatsbesitzes, sondern eine Vermehrung muß die Aufgabe sein!

Es wird die höchste Zeit, daß die Arbeiter diesen Landtag und diese Regierung der Volksübergebung zum Tausel jagent!

Die Wahlen im Buchbinderverband

Die Ortsverwaltung verhindert die Stimmenabgabe für Liste 2 — Diktatur in den Wahllokalen Berührt die Unterschriftensammlung zur Ungültigkeitserklärung der Wahl!

Am Freitag, dem 29. Juni, sind die Diktaturwahlen im Buchbinderverband durchgeführt worden. Die Opposition hatte aufgeführt, trotz Ungültigkeitserklärung die Liste 2, die Liste der Opposition, zu wählen. Vor allen Wahllokalen wurden daher eigene Stimmzettel der Opposition verteilt. Die Berichte über die Durchführung der Wahl in den Wahllokalen zeigen jedoch, daß überall mit den brutalsten und verwerflichsten Methoden durch die sozialdemokratische Ortsverwaltung und durch die sozialdemokratischen Funktionäre die Stimmenabgabe für die Opposition verhindert wurde.

Nicht einmal der Stimmentauschung ließ man oppositionelle Kollegen betreten, so daß wir bis zum heutigen Tage nicht imstande sind, ein Wahlergebnis mitzuteilen. Fest steht jedoch, daß dann, wenn die Wahlen auf demokratischer Grundlage durchgeführt worden wären, die Opposition von den 7 zu wählenden Kandidaten mindestens 2 erhalten hätte. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die eingereichte Liste der Opposition über 50 notwendige gültige Unterschriften hatte, so daß die Ungültigkeitserklärung der Liste 2 durch den Wahlausschuß und die Ortsverwaltung nichts anderes ist, als der Versuch, die Opposition von der Wahl von vornherein gänzlich auszuschalten. In nachfolgenden Zeilen geben wir einzelne bahnbrechende Verstöße wieder und betonen nochmals, daß die Mitgliedschaft des Buchbinderverbandes den Kampf gegen die Diktaturmethoden, wie sie vor der Wahl und bei der Wahl in Erscheinung getreten sind, nicht aufgeben darf.

Als die Mitgliedschaft am Freitag zur Wahl ging, konnte man vor jedem Wahllokal ein Plakat der Ortsverwaltung feststellen mit der Mitteilung, daß die Liste 2 ungültig ist. Im Verfolg dessen haben die sozialdemokratischen Funktionäre jedem einzelnen Mitglied noch im Wahllokal erklärt, daß der Stimmzettel 2 nicht abgegeben werden darf. Ja, man ging sogar so weit, daß jedem Mitglied der Stimmzettel 2 wieder abgenommen wurde. Ein Teil der Mitglieder, die die Absicht hatten, Liste 2 zu wählen, hat infolge dieser Vorgänge das Wahllokal verlassen, ohne zu wählen.

Das Ausschließen der Plakate der Ortsverwaltung, das Annehmen der schon verteilten Stimmzettel für Liste 2, die dauernden Aufforderungen der Wahlleitungen, daß der ungültige Stimmzettel der Liste 2 nicht benutzt werden darf, sind Handlungen, die mit einer korrekten Durchführung der Wahl nichts zu tun haben. Jedes Mitglied ist berechtigt, seine Stimme zu geben, wenn es will. Auf alle Fälle muß der Hauptvorstand auf Grund dieser direkten Beeinflussung der Wahl das Wahlergebnis für ungültig erklären.

Die Diktaturwahlen gehen so weit, daß man mit Gewaltanwendung drohte und auch Gewaltanwendungen durchführte. So glaubte man im Wahllokal Union, Guttenstraße, das betr. Mitglied, das die Stimmzettel für die Liste 2 verteilt, von der weiteren Verteilung abzuhalten, indem man das Mitglied bedrohte, daß wenn es nicht sofort das Lokal verläßt, es mit Hilfe anderer Mitglieder entfernt wird.

Im Wahllokal Zwidauer Straße wollte eine Kollegin, die zugleich Vertrauensperson ist, der Stimmentauschung betätigen. Trotzdem jedem Mitglied dieses Recht zuteil wurde, wurde die betr. Funktionärin des Verbandes aufgefordert, das Lokal zu verlassen, mit dem Hinweis, daß die Sitzung, die die Ausschaltung vornimmt, eine geheime wäre. Da die Kollegin jedoch auf ihr Recht pochte, wurde sie auf gewaltsame Art aus dem Zimmer entfernt.

Allen Mitgliedern ist bekanntgegeben worden, wann die Wahlzeit ist und wo die Wahllokale sind. Die Ortsverwaltung und der Wahlausschuß haben jedoch wissentlich verschwiegen, daß für Schichtbetriebe die Wahl bereits zur Mittagszeit und nicht erst nachmittags beginnt. Diese gräßliche Verletzung ist deshalb begangen worden, um der Opposition die Möglichkeit zu nehmen, die Wahlhandlung zu überwachen.

In einem Lokal wurde einer Kollegin, die 4 Wochen der Organisation angehört, aber dem Statut nach das Wahlrecht besitzt, durch die Wahlleiterin das Wahlrecht verweigert, mit dem Hinweis, daß erst längere Mitgliedschaftsdauer das Wahlrecht gewährleistet.

Dies alles ist nur ein kleiner Auschnitt aus den Verstößen gegen korrekte Durchführung der Wahlen, wie sie sich bei den Buchbinderwahlen gezeigt haben. Im wahren Sinne des Wortes ist es der Gewerkschaftsbureaukratie des Buchbinderverbandes, die den Verband als eine Pflanz der SPD betrachtet, gelassen, Diktaturmethoden durchzuführen. Es fragt sich jedoch, ob die Mitgliedschaft sich diese Diktaturmethoden länger gefallen lassen will. Wir haben alle Hoffnung, und das zeigt das aktive Auftreten der Opposition gegen die Ungültigkeitserklärung, daß die revolutionären Mitglieder im Buchbinderverband einen klaren, bewußten Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie führt, die durch ihre Methoden das Ansehen und die Verbertraut des Verbandes aus Schwärze schädigt.

Infolge der Schließungen am Wahltag selbst wird die Opposition die Unterschriftensammlung zur Ungültigkeitserklärung der Wahl noch leisten, das ist dringendes Gebot der Stunde. Zeichnet euch in die Unterschriftenlisten ein und kämpft gegen Gewerkschaftsbureaukratie, gegen den Reformismus!

Für die Reise

Chlorodont-Zahnpaste

die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 60 Pf. u. 1 Mk.

Chlorodont-Zahnbürste

Spezialbürste mit gezahntem Borstenschmitt. 1.25 Mk. für Erwachsene, 70 Pf. für Kinder.

Chlorodont-Mundwasser

mit gleichem köstlichen Pfefferminz-Aroma. Reisespritflasche 1.25 Mk.

Die Befoldungsordnung vor den Dresdner Stadtverordneten

Ratsgehälter abgelehnt / SPD gegen Straßenbahner / Scharfe Anklagen gegen das Polizeipräsidium

Dauererhöhungen im Dresdner Rathaus sind etwas „Alltägliches“ geworden. Insbesondere jetzt, wo die Stadtverordneten vor den Ferien stehen, wird mit „Wohldampf“ gearbeitet. Nachdem in der vorletzten Sitzung mit Ach und Krach der Etat verabschiedet wurde, stand gestern als wichtigster Punkt die Neuregelung der Befoldung auf der Tagesordnung. Bereits um 18 Uhr begann die Sitzung. Von den 30 Punkten wurde aber nur die reichliche Hälfte erledigt. Kennzeichnend für die „sachliche Arbeitsweise“ und die „Beherrschung des Stoffes“ durch die „Hochgelahrten“ des Bürgertums war, daß längst vor Beginn der Sitzung der Deutschvölkischer Partei der Sitzung feinen „gut informierten“ Vertretern, damit sie wüssten, wie sie abstimmen sollten, erklärte:

Ich werde euch schon winken!

So hatte man während der Abstimmung das Amüsament, Herrn Böttger winken, und die bürgerlichen Steuermännchen „langen“ zu sehen. Wahrscheinlich, das ist die „Blüte der Nation“!

Die Befoldungsordnung wurde teilweise noch wesentlich verschlechtert. Für die Grundjahrsfestigkeit der SPD zeugte, daß sie einen von ihr selbst produzierten und angenommenen Antrag, den Beamten der Straßenbahn 300 RM Zulage zu gewähren, gestern bei der entscheidenden Abstimmung gemeinsam mit allen anderen bürgerlichen Parteien niederstimmte.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es dann noch bei der Berichterstattung eines Protokollisten „Christliche Elternräte“. Genosse Schwarze fertigte die Dunkelmänner treffend ab. Eine scharfe Anklage gegen die unerhörten Methoden, mit denen die organisierte Arbeiterkraft von Ährens Polizei bedacht wird, wurde die Beratung eines Antrages des Gen. Schneider. Die Auseinandersetzungen waren teilweise so stürmisch, daß mit einem Aufstehen der Sitzung gerechnet wurde. In geradezu wüster provokatorischer Weise benahmen sich die Bürgerlichen. Die Antwort, die sie von den Linken bekamen, hatte denn auch bald eine beruhigende Wirkung. Ihr Mut reicht eben bekanntlich meist nur bis zum Provokieren.

Am vor den Ferien mit den Arbeiten fertig zu werden, begann die Sitzung der Dresdner Stadtverordneten bereits nach 18 Uhr. Bei der Verlesung der üblichen Eingänge und Anträge erfuhr man, daß die „Stadt der Hygiene“ wohl Wohlfahrtsbeamte in den Ruhestand versetzt, jedoch die Neubefolgung der Stellen „aus Sparmaßstabsrücksichten“ unterlassen hat. Was schert die hohen Herren vom Rat die Arbeitsüberlastung der Beamten mit allen ihren Folgen? Dieses Beispiel zeigt besser als alles andere, wie fortschrittlich der Rat ist. Eröffnung von Klaffen und Halten schöner Reden einerseits, Nichterfüllung der primitivsten Notwendigkeiten der Hygiene andererseits, das ist die von „Verständnis zeugende“ Tätigkeit des Rates.

Die Befoldungsordnung

Kommt nunmehr zur Beratung. In den vielen Sitzungen der letzten Monate und Wochen, die der Finanz- und Befoldungsausschuß abhielt, waren einige kleine Verbesserungen durchgeführt worden. Aber diese sind jetzt fast restlos beseitigt. Dabei ist hervorzuheben, daß dies auch hier nur möglich war durch das Verhalten der SPD, die erst in radikalen Phrasen machte, Agitationsanträge stellte und dann, als es galt, die Anträge zu verteidigen, einfach „tippte“. Das beamtenfeindliche Gesicht dieser Vorgänge nagelte

Genosse Schrapel

fest. Er führte aus: So wie der Etat, so zeigt auch die Befoldungsordnung trotz mancher kleiner Verbesserungen, die im Finanzausschuß durchgeführt wurden, das Gesicht der herrschenden Klasse. Es ist eingetretten, was wir voraussetzte: Die Vorgabe, wie sie im Befoldungs- und Finanzausschuß geschaffen, wird nicht befolgt. Ziemlich ist die SPD umgefallen. Von ihren ehemaligen Forderungen ist sie Schritt für Schritt zurückgewichen. Nicht umsonst hat deswegen heute Röh, noch ehe er überhaupt angegriffen wurde, sich verteidigt. Insofern ist wie z. B. eine Angleichung des Gehaltes des zweiten Bürgermeisters, des Sozialdemokraten Dr. Führer, an das des ersten vorgenommen wird. Warum hat die SPD nicht eher eine Herabsetzung des Gehaltes von Führer vorgenommen? So wird versucht, auf halbem Wege die Ratsvorlage wieder herzustellen. Am krassen zeigt sich der Umfall aller Parteien bei dem ehemals vom Roten Rat gestellten Beschluß

den Straßenbahnern und Beamten zu bewilligen. Diesen Beschluß hat man ebenfalls revidiert! Erst hat man also bei den Straßenbahnern die Nullen gewischt, jetzt läßt man den wohlgeleiteten Beschluß auf sich beruhen, weil angeblich kein Geld da ist. Das nennt die SPD Realpolitik! Hatte man denn das nicht früher gewußt? Geradezu handlos ist es aber, wie bei einer ganzen Anzahl höherer Beamter geradezu ungeheuerlich hohe Zulagen gewährt werden. Die unteren und mittleren Beamten, die ohnehin schlecht bezahlt werden, erhalten verhältnismäßig kleine Erhöhungen, aber die höheren Beamten erhalten es doppelt u. dreifach in den nimmermüden Reden geworfen. Genosse Schrapel beantragte eine Anzahl Änderungen, von denen besonders hervorgehoben sei der Antrag, auf dem alten Beschluß, den Beamten der Straßenbahn 300 Mark Zulage zu gewähren, stehen zu bleiben.

Im Schlußwort beruht Böttger (Deutsche Volkspartei) sich immer wieder auf „bestehende Richtlinien“, an die man sich halten müsse. Daß die oberen Beamten solche hohe Gehaltserhöhungen erhalten, nennt er „Gerechtigkeit“!

Der Antrag des Genossen Schrapel, den Straßenbahnern 300 Mark Zulage zu bewilligen, wird mit den Stimmen der SPD abgelehnt! In der weiteren Abstimmung werden

die Gehälter des Rates ebenfalls erneut abgelehnt.

Sodann wird nach ein Antrag Röh angenommen, der den Rat ersucht, die Befoldungsreform, soweit sie beschlossene, durchzuführen und den Beamten die Gehälter auszusparen.

Verbesserungen in Kadix

Die vielen Protelle, die die Kadixler Einwohner gegen die finanziellen Zustände an den Rat gerichtete, sowie der energischen Arbeit und Unterstützung durch den Genossen Gabel haben erreicht, daß wenigstens j. T. Mängel der Mißstände geschaffen sind. Zu dem Gutachten selbst heißt es als Berichterstatter Stv. Lubitsch für gut, die Schlamperei des Rates zu verteidigen. Ihm antwortet

Genosse Gabel:

Wir sind mit dem Gutachten einverstanden. Durch unsere Anträge haben sich ja Kollegium und Ausschüsse mit den Zuständen befassen müssen. Die Verteidigungsrede des Stv. Lubitsch für den Rat ist völlig danebengehauen. Man kann beim besten Willen nicht sagen, daß der Rat hier seine Pflicht zu ernst nimmt, es es notwendig erscheint. Man muß hier nochmals feststellen, daß die Kadixler nicht nur nichts erhalten, sondern das Wenige doch weggenommen wurde. Wie wir hören, will der Rat den Forderungsbetrag nur bis zum Sempelpfad durchzuführen. Ein solcher Betrag entspricht in seiner Weise den Wünschen der dortigen Einwohnerschaft.

Folgendes Gutachten wird beschlossen: Kollegium wolle beschließen, den Verwaltungsrat der Straßenbahn zu ersuchen, bis zur endgültigen Befolgung der Straßenbahnerverhältnisse im Stadteile

Kadix unverzüglich einen Forderungsbetrag zwischen dem Straßenbahnhofs Kadix und Altstadt einzurichten, den Rat zu ersuchen,

- die Fertigstellung, insbesondere den Durchbruch der Flußrinne in beschleunigtem Tempo durchzuführen zu lassen,
- den Ausbau der Köhlschneiderei Straße und die Einlegung von Straßenbahngleisen in diese unmittelbar im Anschluß an die Fertigstellung der Flußrinne durchzuführen,
- den Einwohnern von Altstadt Erleichterungen in bezug auf die Zahlung von Steuern und Betriebsamtsrechnungen durch Einrichtung bestimmter Zahltage am Orte zu verschaffen,
- beim Polizei-Präsidium dahin vorzulegen zu werden, daß die vor kurzem erfolgte Erklärung des Teiles der Grimmelstraße zwischen Sempelpfad und Kankestraße als Einbahnstraße sofort rückgängig gemacht wird.

Die Heuchelei der Christen

die sich in einem Protokollschreiben christlicher Elternräte wegen des Besuches der Ausstellung „Krieg und Frieden“ durch Schul Kinder offenbart, ruft eine lebhafteste Diskussion hervor. Die Berichterstatterin Frau Hornoff (SPD) zeigt die Doppelzüngigkeit der „Jünger Jesus“. Zur Verteidigung haben die bürgerlichen Parteien die laut recht schweigsame Monarchistin, Frau Bräuner, vorgeschickt. Sie sammelt denn auch nur einige Worte vor von „seelischer Erhellung der Kinder“ u. ä. m. Es sind die alten Phrasen noch — — —

Diesen Heuchlern reißt in äußerst temperament- und wirkungsvoller Weise

Genosse Schwarze

die Maske vom Gesicht. Er erinnert daran, daß diese Herrschaften sich nie entrücken, wenn in den Schulen über die Auslandshege getrieben, ebensoviele, wenn die Kinder in den Friedrichs-Regenfilm geführt wurden. Sie haben geschwiegen, selbst wenn genossener Ward verübt wurde, vorausgesetzt, daß diese Worte im Interesse der herrschenden Klasse lagen. — Unter diesen wohlgeleiteten Schlägen heulen die Bürgerlichen auf — sie mimen nochmals Enttäuschung, um dann kühnlich den Saal zu verlassen. Genosse Schwarze erklärt am Schluß, daß das sowohl die Vergangenheit als auch jeder weiterer Tag der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft die ganze moralische und sittliche Verkommenheit der bürgerlichen Klasse aufzeigt. Das Richteramt steht ihnen schlecht, ihre Heuchelei ist entlarvt. Diese scharfe Anklage hatte ihre Wirkung im Hause nicht verfehlt. Selbst der Vertreter der Sozialdemokratie im Rathaus, der Zenträmter Engler, schwieg betroffen.

In dem Schreiben wird ein Gutachten angenommen, das von dem Schreiber der Christen Kenntnis nimmt, im übrigen aber dasselbe für erledigt erklärt.

Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Prostituierte

Zu dieser für das Proletariat wichtigen Angelegenheit hatten die Stadtverordneten im Oktober 1927 (!) noch folgendes Ersuchen an den Rat gerichtet:

- a) einer neuen Kasernierung gleichkommende Maßnahmen zu vermeiden,
- b) die bisher in Bordellen untergebracht gewesenen Frauen, soweit sie keine Wohnung finden, in Heimen unterzubringen,
- c) für Erwerbsmöglichkeiten der von der Kasernierung Betroffenen Sorge zu tragen,
- d) schneidens die Richtlinien des Rates zum Gesetze zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herüberzugeben.

Das nachstehende Gutachten lag zur Beratung und Beschlussfassung vor:

Gutachten

den Rat zu ersuchen, in teilweiser Abweichung von dem zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufgestellten Richtlinien folgende Gesichtspunkte zu beachten und diese Richtlinien dementsprechend abzuändern bzw. auszubauen:

- a) die Verlegung der dritten Beratungsstelle aus den bisher innegehabten Räumen des Polizeipräsidiums mit Beschleunigung zu betreiben; bei ihrer Neueinrichtung auf jeden Fall Abendprechstunden einzurichten und die Mitwirkung einer Ärztin zu sichern,
- b) die errichtete Wohlfahrtsstelle durch sofortige Einrichtung weiterer geeigneter Räumlichkeiten auszubauen, insbesondere auch männliche Sozialbeamte einzustellen.

60 Jahre an der Spritze

Berufsfeuerwehr von 1868 bis 1928

Am letzten Sonntag waren es sechzig Jahre, daß die Dresdner Berufsfeuerwehr gegründet wurde. Durch Uebertritt zahlreicher Mitglieder aus der fünf Jahre vorher gebildeten „Dresdner freiwilligen Turnerfeuerwehr“ wuchs ihre Stärke von anfangs acht Mann und einem Kommandanten innerhalb zehn Jahren auf neunzig Mann mit zwei Führern. Branddirektor Röh war der erste Kommandant. Nach dem Kreuzkirchbrand am 16. Februar 1897 erfolgte eine weitere Verstärkung nicht nur des Personalstandes, sondern vor allem auch des Geräteparkes. 1902 begann die Verfrachtung der Wehr durch Einstellung der ersten Automobildampfpumpe. In den letzten zehn Jahren hat sich sowohl der Personalstand der Dresdner Berufsfeuerwehr erheblich vermehrt, als auch ihr Aufgabenkreis, der früher auf reine Brandbekämpfung beschränkt war, wesentlich erweitert. Das Feuerwehrowesen in seiner jetzigen prägnant funktionierenden Form, das Schaumlöschverfahren bei Benzin-, Petroleum-, Delin- u. w. Bränden, die nicht durch Wasser bekämpft werden können, die Einstellung des Feuerlöschbootes bezeichnen die technische Vollkommenheit der Wehr in ihrer heutigen Form. Alle Ursache genug „prekond mit viel schönen Reden“ das Jubiläum zu feiern, daß vor zehn Jahren nicht gefeiert werden konnte. Der Festtag am Sonntag zeigte die Entwicklung des Feuerlöschwesens vom Jahre 1868 bis auf den heutigen Tag. — „Berühmte Männer auf dem Wege zur Brandstelle“ — „Bespannne Wasserbüchse auf „Lufen“ — „Die erste Dresdner Handspitze“ und „Die erste große Ratspriege“ jagen vorüber. Eine große Menge hatte sich auf den Straßen versammelt, die der Zug passierte. „Die Feuerwehrkompanie“, „Die Kommunalarbeite“, „Die Ratsfeuerwächter“, „Die Schornsteinfeger“ und „Wälten-träger“ marschierten vorbei. Und so ging es weiter bis zu den jüngsten Ertrungensschaften, die in persona oder getreulich im Modell wiedergegeben, sich seitlich durch die Straßen bewegten. Der Mann an der Spritze war der Mittelpunkt des Tages geworden. Besser wäre es freilich, ihn nicht nur zu feiern und mit billigen Worten zu preisen, sondern ihn vielmehr, entsprechend seiner schweren und verantwortungsvollen Tätigkeit gemäß zu bezahlen. Mit Bekundem vernahm man gelegentlich eines Festaktes am Montagvormittag im Rathaus, daß es helle Kämpfe mit der Regierung gekostet habe, der Pensionierung der Feuerwehrbeamten keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Stadtrat Dr. Fischer zeichnete in seiner Festrede den historischen Werdegang des Dresdner Feuerlöschwesens nach. Eingezählt wurde der Festakt durch Darbietungen des P. A. T. U. a. T. e. t. s. der Staatoper (Mozart und Haydn) und durchföchten von Gesängen des Männerchors der Berufsfeuerwehr. Die Brandversicherungs-kammer und Vertreter berufsgenösslicher Organisationen erschienen als Gratulanten. Bescheidenweise blühte auch wieder das Dekorationsgeschäft. Dem Branddirektor wurde ein Ehrenkrenz mit tief bewegter

c) der gegründeten Arbeitsgemeinschaft den Charakter einer leitenden Organisation mit bindenden Vorschriften und zur hohe Vermeidung aller zukünftigen Differenzen und zur hohe Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu geben, jomeit aber schon Verhandlungen in dieser Richtung gepflogen worden sind diese mit Nachdruck zu betreiben,

- a) bei den Aufräumarbeiten Vertreter der Gewerkschaften und der sonstigen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen heranzuziehen
- b) die gesundheitliche Überwachung der bisher Unterstellten in der geübten Form als dem Sinne des RGGG zuwiderlaufend und der bisherigen Realisierung nicht anders als mend aufzuheben; die bisher Unterstellten nicht anders als andere Personen zu behandeln, das heißt insbesondere bei der Erbringung eines Gesundheitsattestates auf jeden Fall den Kontrollswang aufzuheben
- c) die für längerfristige Maßnahmen erheblich auszubauen, insbesondere auch die im Mel für Obdachlose auf der Rosenstraße eingerichtete Arbeitsstätte baldmöglichst wegen ihrer Unzulänglichkeit in andere Räumlichkeiten umzuverlagern, die Frage der Errichtung einer „Heims für bisher Unterstellte“ eingehend zu prüfen und gegebenenfalls eine entsprechende Vorlage vorzubereiten
- d) das Arbeitsamt zu ersuchen, jede Ausnahmebehandlung arbeitssuchender früher Unterstellter strikt zu unterbinden, weiterhin den Rat zu ersuchen
- e) die zum Ausbau der Wohlfahrtsstelle und zur Durchführung der mit der Ausführung des RGGG verbundenen Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und in dem Haushaltsplan gesondert aufzuführen,
- f) den Stadtverordneten über die weiteren Erfahrungen auf dem Gebiete der Gesundheitsstrafenbefähigung und über die Erledigung der geplanten und genehmigten Maßnahmen späestens am 31. November 1928 erneut zu berichten.

Zu diesem Punkt sprach

Genosse Dr. Helm

Er zeigte die vielen Schwächen, die das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat. Insbesondere verwies Genosse Helm auf die ungeheure Volkslast der Geschlechtsstrafen. In Dresden gab es etwa 200 Kontrollmädchen, während mindestens 3000 geheim diesen Gewerbe nachgingen! Polizeipräsidium und Rat wollten nach alter Manierweise, daß die Beratung dieses Punktes in geheimer Sitzung erfolgen soll. Dies lehnten die Stadtverordneten selbstverständlich ab. Das Gutachten wurde — zum Teil gegen die Rechte — beschlossen.

Scharfe Angriffe gegen das Polizeipräsidium

Eine außerordentlich stürmische Auseinandersetzung zwischen den Bürgerlichen und der Linken erfolgte bei der Beratung des nachstehenden Antrages des Genossen Schneider:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, alle Strafanträge wegen des Ansehens von Vätern und Jetteln während des Reichstagswahlkampfes zurückzuziehen.

In außerordentlich rigoroser Weise ist bei den letzten Wahlen die Polizei und der Rat gegen Jettelnkinder vorgegangen. Verhaftungen wurden in großer Zahl durchgeführt. Strafbefehle hat es nur so gehagelt, allerdings auch hier wieder natürlich nur gegen links. — Die Ausführungen des Genossen Schneider werden von der Rechten des Hauses mit jüdischen Zwischenrufen gemischter Art beantwortet. Eilmäßig protestiert die Linke gegen Freisheiten dieser Kruppellen Politikanten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion betätigt ein Redner der SPD von geradezu ungläublichen Vorurteilen. Danach hat die Polizei in geradezu toller Weise wahllos Verhaftungen vorgenommen. Die Behandlung der Verhafteten soll geradezu verbrecherisch gewesen sein. Diese ungeheuerliche Anklage gegen das Polizeipräsidium wird noch weiter beraten werden. Röh hat einen Antrag eingebracht, den Antrag Schneider an einen Ausschuss zu verweisen und inwieweit die Strafverfolgung auszuweichen. Der Antrag wird angenommen. Im Schlußwort nagelt Genosse Schneider fest, in wie unverantwortlicher Weise Ratsvertreter Zustände erteilen. Während letztere zum Beispiel behaupten, es seien nur Strafbefehle in Höhe von 10 Mark erlassen worden, weist Genosse Schneider nach, daß manche bis zu 70 Mark verurteilt wurden. So sieht die Wahrheitsliebe dieser Herren aus!

Wegen der vorgedrungenen Zeit — es ist 00,30 Uhr — wird die öffentliche Sitzung abgebrochen. Fortsetzung nächsten Donnerstag.

Stimme verliehen, während die schlichten Feuerwehrleute in der Ansprache des Stadtoberhauptes natürlich erst an dritter Stelle erschienen. — Der Löwenanteil des Verdienstes um die Dresdner Einwohnerschaft fällt aber gerade auf die „täglich Mannen an der Spritze“. Der Kreuzkirchbrand, der Lumpenpfeiferbrand am Freiburger Platz, die Explosion im Arsenal, der Bogelwieserbrand, die Hochwollerlatintrophe im Mühlgraben haben es bewiesen. Deshalb sollen von nun an gerade die Mannschaften, die Beamten gerühmt werden, die auch im Festwagen warteten. Selbst die Mannschaften waren 3. T. reiche Beruf des Mannes an der Spritze auch die materielle Anerkennung findet, die ihm gebührt. (Kennzeichnend, daß es hauptsächlich ist es doch Gut und Eigentum des Großkapitals, zieht. Es gilt die Existenz des Feuerwehrmannes zu sichern zu fertigen und auszubauen. Dann erst ist dem Mann an der Spritze sein Werk gebührend dankt)

Autounfall

Dresden. Am Sonnabend Abend verlor auf der Reichen Colliher Straße der Führer einer Autodrolle die Herrschaft über seinen Fahrzeug. Das Auto stieß gegen einen Baum, stürzte die Böschung hinab und überschlug sich. Der Führer blieb unversehrt, die Insassen trug nur leicht- Verletzungen davon.

Großfeuer in der Köhlig

Dresden. In der Nacht zum Montag brach in der Grundschule in der Köhlig vermutlich durch Kurzschluss Feuer aus, geröstet wurden. Den Feuerwehren aus der Nachbarschaft gelang es, ein Ueberreifen des Feuers aus der Nachbarschaft zu verhindern. Der Schaden ist beträchtlich, aber in der Hauptsache durch Versicherung gedeckt.

Tödliche Unfälle

Klingenberg. Auf der Reichsbahnstrecke Dresden—Chemnitz, 57 Jahre alte Bahnarbeiter Robert Böhm, angeblich durch eigene Schuld, tödlich überfahren.

Hohenstein-Ernstthal. Am Freitag nachmittag wurde von einem herabfallenden Balken getroffen und so schwer verletzt, daß der Tod nach einigen Minuten eintrat.

Meiße. In Meiße-Weißa stürzte der erst 17 Jahre alte landwirtschaftliche Gehilfe Martin Haase von einem Baumagen und durchgingen. Der junge Mann erlitt hierbei so schwere Ver-

Wie mir eingeleitete Anzeigenungen d suchte, waren sonjervativen, genossen der S gemarrt und S net wurde, lan dein und wu

Roch drei SPD Heide, gesammlung vermunienwalze ihm aber eben flottzumachen. Ein Flugblatt sollte das, was die SPD für den Schatten einzelner tonjan wurden, in darin aufgem appellierte

die „völler in diesem Flur des Kleinbürg „Der A parlament n deutsche Sta als Gemein Galtshaus ge

So ist es von Flugblatt darauf geantw scheids früh he will ins Gem Geiste von 19 diesen Helden

Internas das kennt sie rlichen Seelen Uebertritt in d verraten, was Deutschböhmee feilichs Glie Im übrig sunden Urteils 24. Juni gege wohner von 6 dieser Gesellsch

Deutschnat Das n Wie im N eine gemeinjan nisten herzustel Ziel. Trotz de erhielten, wo Einwohner ih findenden Gen ter, der schon blümt angefer in Urlaub geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Es überbe junster brächte in Urauf geh geraden Wege türlichen Veror amtenabbau, liegt ihnen lo fuchen, um die wahl des Koll haben, durchwü

Der wichtigste Betrieb Bauhens ist zweifellos die Waggonfabrik vorm. Busch & Co. Die Entwicklung des Betriebs ist charakteristisch für die Entwicklung in der deutschen Industrie...

Knochenmühle

In der Umgebung von Bauhen bekannt. Die gewaltige Entwicklung der Verkehrsmittel sicherte dem Betrieb glänzende Entwicklungsmöglichkeiten. Der Besitzer William Busch war ein typischer Schatzmacher...

Gegner des Sozialismus

Die Betriebsleitung der Waggonfabrik erwies sich den Reformisten gegenüber als „dankebar“. Die durch den Krieg zerrütteten Verkehrsverhältnisse der Eisenbahn brachten den Waggonfabriken riesige Aufträge an Reparaturen und Neubauten...

Finanziers der „Orgelei“

gehörte. Die SPD am Ort und die Führer des Metallarbeiterverbandes taten alles, um Busch als den „Mann mit dem sozialen Verständnis“ hinzustellen. William Busch hat also durch seine Vorkriegspolitik und mit Hilfe der SPD-Führer die Arbeitermassen zu täuschen vermocht...

Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient der im Jahre 1920 gemachte Versuch der Arbeiter, die Betriebsräte der Waggonindustrie zusammenzufassen, um den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen über das ganze Reich einheitlich führen zu können...

Zentralwirtschaftsrat der Waggonfabriken Deutschlands zusammengeschlossen. Der Sitz war Gotha. Dieser Zentralwirtschaftsrat gab ein eigenes Informationsorgan für die Arbeitererschaft heraus. Die Arbeiter der Waggonfabrik Busch waren begeisterte Anhänger dieser Organisation...

feren der Betriebsräte der Waggon- und Lokomotivindustrie ein. Auf dieser Konferenz wurde der Antrag zu revolutionären Organisationsformen liquidiert. Der Zentralrat wurde aufgelöst und ein Kollege in den Hauptvorstand des DMB gewählt...

Die Stabilisierungstreife in der Waggonfabrik

Die technische Beschaffenheit, die Organisation des Betriebes war völlig veraltet. Nach der Stabilisierung wurde die Belegschaft reduziert von etwa 2000 auf 4-500. Lange Zeit waren die meisten Waggonfabrikarbeiter arbeitslos...

Stücklohn

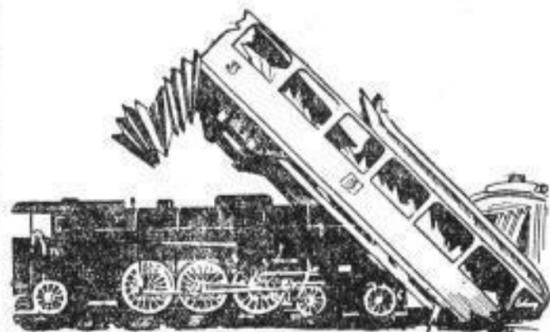
geschaffen worden. Wie überall lehnte nunmehr eine noch schärfere Ausbeutung der Belegschaft ein. War früher bei den primitiven Einrichtungen die Waggonfabrik eine Knochenmühle, so ist sie jetzt durch das Stücklohn zu einer wahren Tortur geworden...

Ganz besonders beachtlich ist, daß die Waggonfabrik seit eine ganze Anzahl Jahren beschäftigt. Die Entlohnung ist natürlich miserabel. Eine 19jährige Arbeiterin erhielt einen Stundenlohn von 35 Pf. Sie wurde bei dem Meister August Kocke untergebracht...

Die Produktivität des Betriebes ist durch diese mörderische Ausbeutung der Proleten natürlich um ein Vielfaches gegenüber der Vorkriegszeit gesunken. Der Zustand der Waggonfabrikarbeiter ist ein entsetzender. Die natürliche Folge der Hungerlöhne und der unverhältnismäßig hohen körperlichen Anstrengungen hat eine rapide Verelendung der Arbeiter zur Folge...

Ein besonderes Kapitel

ist die Entwicklung der reformistischen Betriebsfunktionäre. Die Waggonfabrik ist eine Hochburg der SPD. Sämtliche SPD-Funktionäre nehmen eine privilegierte Stellung im Betrieb ein. Die Mehrzahl war schon seit Jahren Kolonnenführer...



Täglich den Tod vor Augen haben Tausende von Eisenbahnarbeitern und Beamten. Schafft Aufklärung bei Ihnen! Geht mit der Partei und Presse!

Die Arbeiter der Waggonfabrik in Bauhen... Die Arbeiter erkennen, daß ihre Hauptaufgabe darin besteht, die reformistischen Funktionäre des Betriebes zu beseitigen...

Es fehlt Geld in der Verbandsstaffe

Aber der reformistische Kaffee ist „unkuhndig“

In der Kasse des Leipziger Zimmererverbandes wurde ein Fehlbetrag von 1037,96 Mark festgestellt. Kaffee ist der sozialdemokratische Kommunistenfeind Kroneberg...

Kamerad Kroneberg hat bereits vor der Revision erklärt, daß er bei seiner Abrechnung einen Fehlbetrag in seiner Kasse festgestellt, aber gehofft hat, dieser Fehlbetrag würde sich bei der Revision beheben...

Also das Geld fehlt. Es ist auch kein kommunistischer Verbandsangestellter da, den man des Diebstahls verdächtigen könnte. Trotzdem ist es der reformistische Bureaucratie gelungen, die sozialdemokratischen Funktionäre dazu zu bewegen...

Wir haben nun den bedauerlichen Fall, daß sozialdemokratische Arbeiter auf Anweisung ihrer Parteiführer einen Kroneberg verteidigen. Aber wir sind dessen gewiß, daß derartige Anweisungen der reformistischen Führer bald nicht mehr von den SPD-Arbeitern befolgt werden.

ADGB-Führer stimmen für Kohlenpreiserhöhung

Die obersteinstufige Steinkohle verteuert

Am 29. Juni fand eine Sitzung des Reichskohlenrates statt, der über einen Antrag des oberstensteinstufigen Kohlenpreiskomitees auf Erhöhung der Steinkohle zu entscheiden hatte...

Wieder einmal haben ADGB-Führer für eine Preissteigerung gestimmt! Diese Haltung ist einfach nicht zu verteidigen. Die Erhöhung der Kohlenpreise hat die Erhöhung der Preise für andere Lebensbedürfnisse zur Folge...

Die ADGB-Führer sind schon zu verächtlichen und ergebenen Lakaien des Trustkapitals geworden. Die Trustkapitalisten sind ohnehin schon durch ihre Organisation in der Lage, die Preise in Deutschland unverhältnismäßig hoch zu halten...

Da jetzt durch die neue Teuerungswelle den Arbeitern der Reallohn gekürzt wird, so gilt es, gegen den Willen der Verwalter den Kampf zur Durchsetzung sozialistischer Lohnforderungen zu organisieren.

Beckenröhrliche Redakteur: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Kasper; für Politik, Gewerkschaftliches Sport und Feuilleton: Michael Speiser; für den Internatenteil: Ulrich Bucherl; Köhler in Dresden; Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft - Druck: „Neudruck“ Druckereibetriebe Dresden

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(132. Fortsetzung)

Er haßte den beiden nach, legte „Bill“ die Hand auf den Arm und sprach kühlend: „Bill Snow!“

Der riesenhafte Kerl schaute ihn von oben bis unten an, lachte und erwiderte: „Sie irren, Herr, ich heiße zwar Bill, aber nicht Snow, sondern Walter.“

Damit ließ er den Arzt stehen und ging weiter. Den Abend verbrachte David Black in der weißen Villa. Als Ray erfuhr, daß der neue Arzt ein begeisterter Pokerspieler sei, taute er merklich auf. David Black gab sich alle Mühe, das Vertrauen der beiden Männer zu gewinnen...

Als David Black sich verabschiedete, fragte er Bennett: „Sagen Sie, Sie erzählen auf unserer Reise doch etwas von einer gewissen Mariposa. Wo kann man diese junge Dame kennenlernen?“

Die beiden Männer lachten laut auf. „Was, jetzt schon?“ widerte Bennett. „Sie scheinen wirklich keine Zeit verlieren zu wollen.“

„Mariposa ist im „Grünen Haus“ zu finden“, erklärte Len. „Aber es wird besser sein, Sie lassen sie zu sich rufen. Wir müssen doch vor den Leuten ein gewisses Decorum wahren.“

Am folgenden Abend schickte David Black den Koffer nach Mariposa. Dieser machte, als er den Befehl vernahm, ein etwas enttäuschtes Gesicht, gehorchte aber sofort.

Der Arzt empfing Mariposa im Arbeitszimmer und das Mädchen schoberte beim Betreten des Raumes. Da sie das letztemal hier gewesen war, hatte auf dem Sofa ein Lotter gelegen.

„Sind Sie Mariposa?“ fragte David Black. „Ja.“

„Sagen Sie mir, Mariposa, Sie schreiben vor kurzer Zeit einen Brief an mich.“

Das Mädchen starrte ihn verblüfft an. „Ich... ich hätte Ihnen einen Brief geschrieben? Ich kenne Sie ja gar nicht.“

„Dennoch schreiben Sie mir, und ich kam her, um Ihnen persönlich die Antwort zu bringen.“

„Die Antwort?“ stammelte Mariposa. „Ja, die Antwort. Hoffentlich auch die Rettung, um die Ihr Brief flehte.“

In ihren Augen begann Verständnis aufzuleuchten. David Black öffnete seine Brieftasche und reichte dem Mädchen den schmalen Papierstreif, der ihre Unterschrift trug.

Vierzehntes Kapitel

Eine junge Dame bringt ihre Großmutter aufs Land

Jack Benson verbrachte einige Tage auf Jonathan Smiths Farm. Die Verammlung wurde heimlich in einem Walde abgehalten und zahlreiche neue Mitglieder meldeten sich an. Als Benson in der Farm darüber berichtete, sprach Fred Mannister, der mit verbundenem Fuß auf einem Sofa lag: „Sie können auch mir eine Mitgliedskarte ausstellen, Benson.“

„Sie sind wohl verrückt geworden, Mensch?“ „Nein, aber ich habe allen Ernstes vor, Farmer zu werden.“ Jack Benson lachte und meinte mit einem Blick auf Daisy: „Glauben Sie, daß das eine unumgängliche Bedingung sein wird?“

„Was fiel dir eigentlich ein, Fred?“ fragte Daisy am Abend. Die anderen waren bereits zu Bett gegangen; Mannister, den die Schmerzen im Fuß nicht schlafen ließen, ließe es länger aufbleiben, und Daisy pflegte ihm Gesellschaft zu leisten: „Was fiel dir ein? Weshalb in aller Welt willst du Farmer werden?“

„Weil du meinen Beruf nicht als ehrliche Arbeit anerkennen willst, Daisy“, lautete die unerwartete Antwort. „Das Mädchen errotete. „Das habe ich nie gesagt.“

„Aber angebendet.“ „Anfina. Du hast bewiesen, Fred, daß du ebensogut zu arbeiten und zu kämpfen versteht wie wir.“

Ihre Stimme klang weich und auf ihrem Gesicht lag ein fast jählicher Ausdruck. „Aberdem“, fügte sie nach einer Weile etwas verlegen hinzu, „kann dir an meinen Ansichten doch wirklich nicht so viel liegen.“

„Mehr als an denen aller anderen Menschen, Daisy.“ „Ich wüßte nicht, weshalb.“

„Weil ich dich liebe, Daisy. Weil es mein heftigster Wunsch ist dich zur Frau zu haben, gemeinsam mit dir die neue Ordnung zu arbeiten, unsere Kinder zu Bürgern eines sozialistischen Staates.“

Daisy lachte hell auf. „Fred, du gehst wirklich etwas zu rasch vor. Ich sagte noch gar nicht „Ja“ und du sprichst schon von den Kindern.“

„Aber du wirst „Ja“ sagen; nicht wahr, Liebste. Ich bin ein einsamer Mensch, Daisy, brauche dich. Du bist für mich alles.“

Sie blinnte ihm in die Augen. „Ja, Fred, ich liebe dich, will deine Frau werden.“

Sie neigte den Kopf zu ihm nieder und bot ihm die frischen Lippen zum Kuß.

Zwei Tage nachher leuchtete ein geschlossenes Automobil die kleine Anhöhe hinauf, auf der die Farm lag. Der Fahrer sprang vom Sitz und half einer dickverkleideten Frauengestalt aussteigen. Dann eilte er ins Haus und traf Mannister, der eben, auf zwei Stöße gestützt, aus der Küche gehumpelt kam. Der Fremde trat auf ihn zu: „Meine Name ist David Black; ich möchte Herrn Mannister sprechen.“

„Ich bin Fred Mannister.“ Der Fremde rief hinaus: „Kommen Sie herein.“ Und die tief verkleidete Gestalt holte ins Wohnzimmer.

Mannister starrte die beiden Fremden erstaunt an. „Wollen Sie mir bitte sagen...“

Die Worte erstarrten ihm auf der Zunge, denn die Frau warf die Schleiher zurück und streckte ihm beide Hände entgegen: „Fred!“

Mannister taumelte zurück, ließ beide Stöße fallen und klammerte sich, eine Stütze suchend an den Türpfosten. „Ethel!“

„Aber du bist doch tot?“ Ethel brach in nervöses Lachen aus. „Ja, Fred, für meine Eltern, für die Welt bin ich tot, doch nicht für meine Freunde. Herr O'Keefe hat mich aus Golden Hill gerettet, Dr. David Black aber verbrachte mit einigen Tagen in Tallahassee und brachte mich dann mit dem Auto her. Glaubst du, daß meine Freunde mich aufnehmen werden?“

„Selbstverständlich!“ rief Mannister, der sich nun bereits etwas gefast hatte. Er rief Daisy aus der Küche und diese führte Ethel in ihr Zimmer.

Am Abend berichtete Ethel ihre Abenteuer. Mannister runzelte die Stirn als das Mädchen von ihrem Zusammentreffen mit dem alten Mann berichtete, den sie für John Mannister hielt. Er wollte etwas sagen, schwieg aber dann doch.

(Fortsetzung folgt.)

